

jugendsozialarbeit nord

- Infodienst -
Nr. 224, November 2020



MOVE

MOTivierende KurzinterVENTion

Mit Jugendlichen über Drogen sprechen – MOVE (Motivierende Kurzintervention) ermöglicht Prävention auf Augenhöhe

Autorin: Dominika Lachowicz, Referentin für Suchtprävention der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

Ob Zigaretten, Shisha, Alkohol, Cannabis oder Partydrogen – der erste Konsum von legalen und illegalen Suchtmitteln findet häufig im Jugendalter statt. Insbesondere das Experimentieren und sich Ausprobieren mit diesen Substanzen steht für Mädchen und Jungen in diesem Alter im Vordergrund. Nicht selten kommt es zu phasenweisem exzessivem Konsum, der z.B. mit Alkoholvergiftungen und entsprechend schlechten Erfahrungen einhergehen kann.

Für viele bleibt es beim vorübergehenden Experimentieren, neu erlerntes Verhalten wird nach einer Phase des Ausprobierens wieder verworfen – bei einem Teil der Jugendlichen verfestigt sich das Verhalten jedoch und wird möglicherweise bis ins Erwachsenenalter fortgeführt.

Konsumieren Jugendliche bereits früh und exzessiv, entwickeln sie riskante Muster, mit denen eine erhöhte Gefahr gesundheitlicher Schäden einhergehen kann. Suchterkrankungen sind eine mögliche Folge; Unfälle, (sexuelle) Gewalt sowie körperliche und emotionale Probleme stehen oftmals im Zusammenhang mit exzessivem Suchtmittelgebrauch.

Um eine mit diesem gesundheitsschädigenden Verhalten zusammenhängende Risikobereitschaft zu reflektieren und möglichst Konsequenzen daraus zu ziehen, benötigen diese Mädchen und Jungen (bzw. jungen Frauen und Männer) eine angemessene Unterstützung. Möglichst frühe Interventionen bieten sich hier aus präventiver Sicht an, um der Verfestigung gesundheitsschädigender Verhaltensweisen entgegen zu wirken.

Inhalt

- Mit Jugendlichen über Drogen sprechen – MOVE (Motivierende Kurzintervention) ermöglicht Prävention auf Augenhöhe, *Autorin: Dominika Lachowicz*
- Ausbilden trotz Corona - Damit junge Menschen nicht abgehängt werden
- PISA-Sonderauswertung zeigt geschlechtsspezifische Unterschiede bei globalen und multikulturellen Themen
- Neues Jugendschutzgesetz: Reformentwurf beschlossen
- Neues aus dem Norden
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Aktionsplan Ausbildung für Niedersachsen startet
- Neu im Netz
- Neu erschienen
- Neu ausgeschrieben
- Veranstaltungstipp
- Veranstaltungen
- Impressum

Im pädagogischen Alltag gestaltet sich die Ansprache jedoch meist schwierig. Unsicherheit im Umgang mit konsumierenden Jugendlichen und die Haltung „das wächst sich schon raus“, kann bei pädagogischen Fachkräften dazu führen, sich bewusst oder unbewusst gegen ein Ansprechen zu entscheiden. Hinzu kommt, dass Jugendliche sich selbst nicht als gefährdet und eigene riskante Konsummuster oftmals nicht als problematisch einschätzen. Zugleich besteht kein oder wenig Interesse an Ratschlägen, Gesprächs- oder Beratungsangeboten.

MOVE ermöglicht es auf diese Jugendliche zuzugehen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen und auf Augenhöhe zu intervenieren. Im Fokus stehen dabei die Fragen: Wie kann es gelingen Jugendliche anzusprechen, die mit ihrem Konsum des letzten Wochenendes prahlen und offensichtlich kein Interesse an „gut gemeinten Ratschlägen“ haben? Welche Möglichkeiten haben pädagogische Fachkräfte eine Veränderung des Verhaltens anzuregen, wenn sie deutlich vermittelt bekommen „Lass mich in Ruhe“? Wie können Impulse so gesetzt werden, dass Mädchen, Jungen und junge Frauen und Männer nicht weghören und sich mit ihrem Konsum auseinandersetzen?

Wie MOVE in Bewegung kam

Solche und weitere Fragen sind Gegenstand von MOVE. Die Motivierende Kurzintervention (MOVE) ist ein bewährtes Konzept, um mit Mädchen, Jungen und jungen Frauen und Männern konstruktiv über ihren Konsum und dessen Veränderung ins Gespräch zu kommen. Gleichgültig, ob es sich dabei um legale oder illegale Suchtmittel oder um riskante Verhaltensweisen wie Selbstverletzungen oder das exzessive Computerspielen handelt – MOVE bietet die Möglichkeit, Gespräche mit Jugendlichen zu diesen Themen konstruktiv zu gestalten.

Das von der ginko Stiftung für Prävention der Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung in Nordrhein-Westfalen entwickelte Konzept wird seit 2002 erfolgreich in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen eingesetzt. Das mehrfach evaluierte Programm wird mittlerweile auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen in mehreren Bundesländern, der Schweiz, Österreich und Kroatien angeboten.

Die theoretische Basis von MOVE bildet die Motivierende Gesprächsführung – das Motivational Interviewing nach Miller und Rollnick (MI). Der aus den USA stammende Beratungsansatz wird seit 1983 in verschiedenen Arbeitsfeldern mit unterschiedlichen Zielgruppen erfolgreich praktiziert. Besonders bewährt hat er sich in der Arbeit mit Personen, die wenig bereit sind, ihr Verhalten zu ändern oder sehr ambivalent sind. Der Ansatz eignet sich daher hervorragend für die Zielgruppe risikant konsumierender Jugendlicher.

Als Motivierende Kurzintervention stützt sich MOVE neben der Motivierenden Gesprächsführung zusätzlich auf Elemente weiterer Gesprächsführungs- und Beratungsansätze.

Veränderung ist ein Prozess

Von zentraler Bedeutung ist des Weiteren die Annahme, dass Veränderung ein Prozess ist. Sie findet nicht von heute auf morgen statt. Veränderungen stellen nach dem transtheoretischen Modell der Verhaltensänderung nach James Prochaska et al. einen dynamischen Prozess dar, der in mehrere Stadien aufgeteilt werden kann. MOVE stimmt entsprechend dem Stadium, in dem sich Jugendliche bezüglich der Veränderung ihres Konsumverhaltens befinden, angemessene Interventionsstrategien ab. Wollen Jugendliche ihr Verhalten nicht ändern, muss in der Begleitung anders angesetzt werden, als wenn sich schon eine Bereitschaft entwickelt hat.

Unabhängig vom Stadium, obliegt der Entschluss den Jugendlichen, ob sie ihren Konsum ganz einstellen oder diesen (vorerst) nur verringern möchten. Eine akzeptierende, verstehende Haltung dem Konsum gegenüber – was nicht bedeutet diesen zu billigen – ist Voraussetzung dafür, dass Mädchen, Jungen und junge Frauen und Männer offen sprechen. Auf der Grundlage solch einer verständnisvollen Einstellung möchte MOVE auf Augenhöhe dazu ermutigen, sich mit dem eigenen Konsumverhalten auseinanderzusetzen, dieses zu reflektieren und mögliche Risiken abzuwägen. Im besten Fall gelingt es, das Ziel einer Verhaltensänderung zu erreichen.

Anwenden lässt sich MOVE spontan – auch zwischen Tür und Angel – in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen. Bereits bestehende Alltagskontakte werden für die Kommunikation über Konsumverhalten genutzt. In den Gesprächen wird der Konsum nicht „verteufelt“, aber auch nicht verharmlost, wodurch Prävention auf gleicher Augenhöhe gelingt. Kurze Impulse und Denkanstöße können bei Jugendlichen, die wenig oder keine Bereitschaft zur Veränderung zeigen, angemessen

und damit wirkungsvoll sein. Längerfristige Beratung oder Therapie ersetzt MOVE nicht. Es bietet jedoch die Möglichkeit einer Hinführung und Motivation zur Inanspruchnahme weiterführender Hilfen. In unterschiedlichen Situationen des pädagogischen Alltags ermöglicht MOVE so eine angemessene Unterstützung.

Schulung und Evaluation

Die dreitägige Schulung zur Vermittlung von MOVE umfasst 12 Bausteine à 90 Minuten und richtet sich an pädagogische Fachkräfte in Jugendarbeit, Jugendhilfe, Jugendschutz und Schule, die vor der Frage stehen, wie sie bei einem beobachteten, möglicherweise riskanten Konsumverhalten reagieren können. Das Ausprobieren der Gesprächstechnik und der praktische Übungsanteil stehen in den Schulungen im Vordergrund. Aufgrund der hohen Praxisorientierung werden die Schulungen stets von einem Trainer/innen-Tandem durchgeführt. Teilnehmenden werden theoretische Grundlagen sowie Hintergrundwissen zu rechtlichen Aspekten und zum Thema Sucht vermittelt. Als praktisches Handwerkszeug zeigt sich die Qualität des Konzeptes im pädagogischen Alltag. Dies belegen auch die Evaluationen – MOVE wurde zweimal durch die Universität Bielefeld evaluiert – in denen ein hoher Nutzen für den Berufsalltag deutlich wurde. Daraus ergab sich auch, dass es mit MOVE gelingt, kurze, konsumentenorientierte Gespräche umzusetzen und so Jugendliche tatsächlich zu erreichen.

MOVE in Niedersachsen

Als koordinierende Stelle für MOVE in Niedersachsen und Kooperationspartnerin der ginko Stiftung für Prävention setzt die Landestelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) das Projekt MOVE seit 2007 erfolgreich um. Derzeit bieten 11 ausgebildete MOVE-Trainer/innen an 5 Standorten in Niedersachsen Seminare für pädagogische Fachkräfte an. Darüber hinaus können Inhouse-Schulungen aus ganz Niedersachsen angefragt werden.

Wenn Sie Interesse an einer MOVE-Trainer/innen-Ausbildung haben, die Sie als pädagogische Fachkraft dazu befähigt, eigenständig MOVE-Seminare durchzuführen, dann nehmen Sie Kontakt zur Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen auf.

Weitere Informationen sowie aktuelle Seminartermine finden Sie auf der Internetseite: <http://www.move-niedersachsen.de>

Quellen:

- Drogenaffinität Jugendlicher:
https://www.bzga.de/fileadmin/user_upload/PDF/studien/Drogenaffinitaet_Jugendlicher_2019_Basisbericht.pdf (Bühringer & Bühler, 2014; Pinquart & Silbereisen, 2014).
- HBSC Studie:
https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/Focus/JoHM_03_2020_HBSC_Substanzkonsum.pdf?__blob=publicationFile

Ausbilden trotz Corona - Damit junge Menschen nicht abgehängt werden

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen junge Menschen besonders hart, die in diesem Jahr ihre Schulzeit beenden und eine Ausbildung beginnen wollen. Bereits erteilte Zusagen für Ausbildungsstellen werden in Frage gestellt. Die Bereitschaft, trotz der Corona-Pandemie auszubilden ist gesunken. Existentiell trifft dies jene Jugendlichen, die mit dem Eintritt in eine Berufsausbildung schon in normalen Zeiten Schwierigkeiten haben. In diesem Jahr erhöhte sich die Zahl der Jugendlichen, die bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz nicht erfolgreich waren, laut Bundesagentur für Arbeit auf derzeit 29.325. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg von 20 Prozent (2019: 24.525).

„Es besteht die Gefahr, dass eine größer werdende Gruppe junger Menschen in Folge ihrer fehlenden Ausbildung beruflich abgehängt wird. Aber nicht nur das, denn oft sind Arbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung die Folge“, erklärt Marion Paar, Generalsekretärin von IN VIA Deutschland und Beauftragte für Jugendsozialarbeit im Deutschen Caritasverband. So ist die

Zahl der gemeldeten Arbeitslosen unter 25 Jahren im September 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 74.741 auf 292.378 gestiegen. Um jungen Menschen dennoch die Chance auf eine Ausbildung zu eröffnen, muss der Staat nun nachlegen. Hier sollten verstärkt Ausbildungsmöglichkeiten in einer außerbetrieblichen Einrichtung genutzt werden, um jungen Menschen eine anschlussfähige Perspektive zu bieten.

Die Corona-Krise hat zudem den deutlichen Bedarf offenbart, Jugendlichen digitales Lernen zu ermöglichen und auf die Ausbildung 4.0 vorzubereiten. „Damit alle jungen Menschen in ihrer Ausbildung Zugang zu leistungsfähigem Internet sowie gleiche Möglichkeiten zur Nutzung digitaler Anwendungen haben, sind hierfür Mittel bereit zu stellen. Ein Digitalpakt für die Kinder- und Jugendhilfe könnte hier Abhilfe schaffen“, fordert Paar.

Quelle: Pressemeldung IN VIA Deutschland und Deutscher Caritasverband vom 29.10.2020

Pressemeldung unter: <https://www.invia-deutschland.de/presse/presse/ausbilden-trotz-corona>

PISA-Sonderauswertung zeigt geschlechtsspezifische Unterschiede bei globalen und multikulturellen Themen

Den Schulen in vielen Bildungssystemen weltweit gelingt es nicht, Mädchen und Jungen die gleichen Chancen zu bieten, Kenntnisse über globale und multikulturelle Themen zu erwerben und dieses Wissen anzuwenden. Zu diesem Ergebnis kommt eine PISA-Sonderauswertung der OECD.

Are Students Ready to Thrive in an Interconnected World? beruht auf den Daten der PISA-Erhebung 2018, bei der erstmals auch die sogenannte globale Kompetenz von Schülerinnen und Schülern untersucht wurde. Dabei ging es unter anderem um ihr Wissen zu Themen von lokaler und globaler Bedeutung, wie beispielsweise öffentliche Gesundheit, ökonomische und ökologische Fragen. Desweiteren ging es um ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Einstellungen zu interkulturellen Themen. An dem Test nahmen Schüler/innen aus 27 Ländern teil. Über den Test hinaus gab es einen Fragebogen zur globalen Kompetenz. Diesen beantworteten Schüler/innen, Lehrkräfte, Eltern und Schulleitungen in insgesamt 66 Ländern und Volkswirtschaften. An dem Fragebogenteil der Erhebung beteiligten sich auch Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Die Ergebnisse zeigen geschlechtsspezifische Unterschiede sowohl bei den Möglichkeiten, globale Kompetenz zu erwerben, als auch bei den Fähigkeiten und Einstellungen der Schüler/innen zu globalen und interkulturellen Themen. Im Schnitt der OECD-Länder gaben Jungen häufiger als Mädchen an, an Aktivitäten teilzunehmen, bei denen von ihnen erwartet wird, dass sie ihre Meinung äußern und diskutieren. Mädchen gaben derweil häufiger als Jungen an, an Aktivitäten teilzunehmen, in denen es um Verständnis und Kommunikation in interkulturellen Situationen geht.

Jungen beispielsweise lernen eher etwas über die Vernetzung der Wirtschaft verschiedener Länder. Sie suchen eher im Internet nach Nachrichten oder schauen während des Unterrichts gemeinsam Nachrichten an. Sie werden auch häufiger von den Lehrkräften aufgefordert, ihre persönliche Meinung zu internationalen Nachrichten zu äußern, nehmen häufiger an Klassendiskussionen über Weltereignisse teil und analysieren globale Themen mit ihren Klassenkameraden.

Mädchen gaben dagegen häufiger an, dass sie lernen, wie sie Konflikte mit Mitschüler/innen in der Klasse lösen, welche Unterschiede es zwischen verschiedenen Kulturen gibt und wie es dazu kommt, dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturen bei manchen Themen unterschiedliche Sichtweisen haben. Diese Tendenzen zeigten sich überwiegend auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Die beschriebenen Geschlechterdifferenzen mögen dabei auf persönliche Interessen und eine unterschiedliche Selbstwirksamkeit zurückzuführen sein – also Unterschiede in dem Vertrauen in sich selbst, auch schwierige Situationen aus eigener Kraft bewältigen zu können. Sie könnten aber auch widerspiegeln, wie Mädchen und Jungen in Familie und Schule sozialisiert werden, so die Autoren.

„Bildung hilft jungen Menschen entscheidend dabei, sich in dieser zunehmend komplexen und vernetzten Welt zurechtzufinden“, so OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher. „Die Schulen und Bildungssysteme, denen es am besten gelingt, Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen in Bezug auf globale Entwicklungen bei jungen Menschen zu fördern, haben etwas gemeinsam: Sie haben Lehrpläne, in denen Weltoffenheit eine wichtige Rolle spielt, sie sorgen für eine positive und inklusive Lernumgebung, und sie bieten Möglichkeiten, Beziehungen mit Personen aus anderen Kulturen einzugehen.“

Die Ergebnisse zeigen, wie entscheidend die Rolle der Lehrkräfte ist, damit interkulturelles Verständnis gefördert wird und interkulturelle Themen in die Unterrichtspraktiken und -inhalte einfließen. Die meisten Lehrkräfte gaben an, dass sie sich zutrauen, in einem multikulturellen Umfeld zu unterrichten. Eine Schwierigkeit sind jedoch fehlende Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung in diesem Bereich. In Deutschland beispielsweise gingen 40 Prozent der Schüler/innen auf eine Schule, in der Lehrkräfte angaben, sie hätten Weiterbildungsbedarf im Bereich Kommunikation mit Menschen aus anderen Ländern oder Kulturen (OECD-Schnitt: 46 Prozent). 31 Prozent gingen auf eine Schule, in der Lehrkräfte angaben, sie hätten Weiterbildungsbedarf für das Unterrichten der Themen Vielfalt und Chancengerechtigkeit.

Nur wenige Lehrkräfte gaben an, Weiterbildung für das Unterrichten in einem multikulturellen und/oder mehrsprachigen Umfeld erhalten zu haben.

Die vollständige Studie finden Sie auf unserer Website unter: <http://www.oecd.org/education/pisa-2018-results-volume-vi-d5f68679-en.htm>

Einbeziehung schwer zu erreichender junger Menschen in die Grundsicherung – eine Erfolgsgeschichte?

Bis vor wenigen Jahren rutschten schwer erreichbare Jugendliche leicht durch die Maschen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mit der in § 16h SGB II geschaffenen Möglichkeit einer aufsuchenden Sozialarbeit wurde ein vielversprechender Schritt unternommen, um dies zu ändern. Dies zeigen erste Befunde aus einer IAB-Studie.

Manche Jugendliche und junge Erwachsene fallen nach Ende ihrer (mitunter vorzeitig abgebrochenen) Schulzeit zunächst ganz aus dem Bildungssystem heraus und nehmen auch keine Ausbildung oder Beschäftigung auf. In der internationalen Bildungsforschung hat sich hierfür das Kürzel „NEETs“ (für „Not in Education, Employment or Training“) etabliert. Mitunter wird auch von „Drop-outs“ gesprochen, denn die Betroffenen fallen sowohl aus der Statistik heraus als auch aus den Stationen und Aktivitäten eines normalen Lebens. Zumindest ein Teil dieser Personen kann mithin als beschäftigungs-, bildungs- und sozialpolitische Problemgruppe gelten, die zudem noch bis vor wenigen Jahren im Raster der Hilfestruktur nicht angemessen erfasst war.

Seit 2016 ist es Jobcentern allerdings möglich, solche Jugendliche mit niedrighschwelligem Kontaktangeboten anzusprechen und sie dazu zu ermuntern, einen Antrag auf Grundsicherung für Arbeitsuchende zu stellen (Zweites Buch des Sozialgesetzbuchs, SGB II). Mit der Aufnahme von § 16h in das SGB II im Jahr 2016 war es den Jobcentern erstmals möglich, Jugendliche und junge Erwachsene gezielt aufzusuchen. Denn dies ist in manchen Fällen der erste notwendige Schritt, um die Betroffenen angemessen fördern und langfristig wieder in das Bildungs- und Beschäftigungssystem integrieren zu können.

Anders als die Sozial- und Jugendhilfegesetzgebung sieht das SGB II normalerweise vor, dass die Betroffenen nur dann unterstützt werden können, wenn sie aus eigener Initiative heraus tätig werden, indem sie selbst einen entsprechenden Antrag stellen. Schon deshalb stellt der § 16h SGB II eine Neuheit dar, da hier die aktive Ansprache der jungen Hilfebedürftigen durch die Jobcenter Programm ist.

Das IAB hat untersucht, wie die lokalen Jobcenter mit dem § 16h SGB II umgehen, welche Maßnahmen sie anbieten und welche Probleme und Chancen damit verbunden sind. ...

Fazit

Der 2016 eingeführte § 16h SGB II trägt dazu bei, zwei Lücken zu schließen: die institutionelle Lücke zwischen dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) wie auch die praktische Lücke bei der wohlfahrtsstaatlichen Betreuung schwer erreichbarer Jugendlicher. Allerdings gibt es bislang keine gesicherten Erkenntnisse über die Größe dieser Gruppe.

Gleichwohl scheint die Regelung inzwischen zunehmend genutzt zu werden. Denn immer mehr Jugendliche, die vormals gleichsam durch den Rost fielen, profitieren mittlerweile von den Leistungen und Angeboten der Grundsicherung. Vorangetrieben wurde dieser Prozess durch Träger, die sich hierfür zertifizieren ließen und Projekte entwickelt haben, die Jobcenter, die diese Projekte mit initiiert und in ihre tägliche Arbeit eingebunden haben, und die Regionaldirektionen, die die Jobcenter in der Einführungsphase entsprechend unterstützt und motiviert haben. Hierbei sind in der Praxis häufig Mischfinanzierungen mit anderen Sozialprogrammen anzutreffen.

Zwar wird gelegentlich davon berichtet, dass Jobcenter, Jugendämter und Träger unterschiedlichen Logiken und Kulturen folgen. Die Befragten nehmen diesen Umstand in der Regel jedoch als Chance wahr, die Probleme der betroffenen jungen Menschen organisations- und rechtskreisübergreifend anzugehen. Denn ein solcher Ansatz kann entscheidend dazu beitragen, das Abdriften von Jugendlichen an den Rand der Gesellschaft zu verhindern.

Mittlerweile finden viele Personen über eine 16h-Maßnahme in den Grundsicherungsbezug. Allerdings bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Außerdem ist die Heterogenität der Maßnahmen groß. Über deren Zielsetzung indes herrscht weitgehend Einigkeit: Es geht um soziale Stabilisierung, Reintegration in gesellschaftliche Strukturen und Rück- oder Hinführung der Betroffenen in ein sozialstaatliches Hilfesystem, meist das SGB II.

Es handelt sich somit um einen tragfähigen Ansatz, der aufsuchende, niedrigschwellige Sozialarbeit in direkten Kontakten einsetzt, um Jugendliche zu erreichen, die früher durch das sozialstaatliche Raster gerutscht sind. Er ist damit eine wichtige Ergänzung des klassischen Angebots an Maßnahmen im Bereich der Grundsicherung. Mit dem Abflauen der Covid-19-Pandemie sollten die entsprechenden Maßnahmen wieder forciert werden.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.iab-forum.de/einbeziehung-schwer-zu-erreichender-junger-menschen-in-die-grundsicherung-eine-erfolgsgeschichte/>

Neues Jugendschutzgesetz: Reformentwurf beschlossen

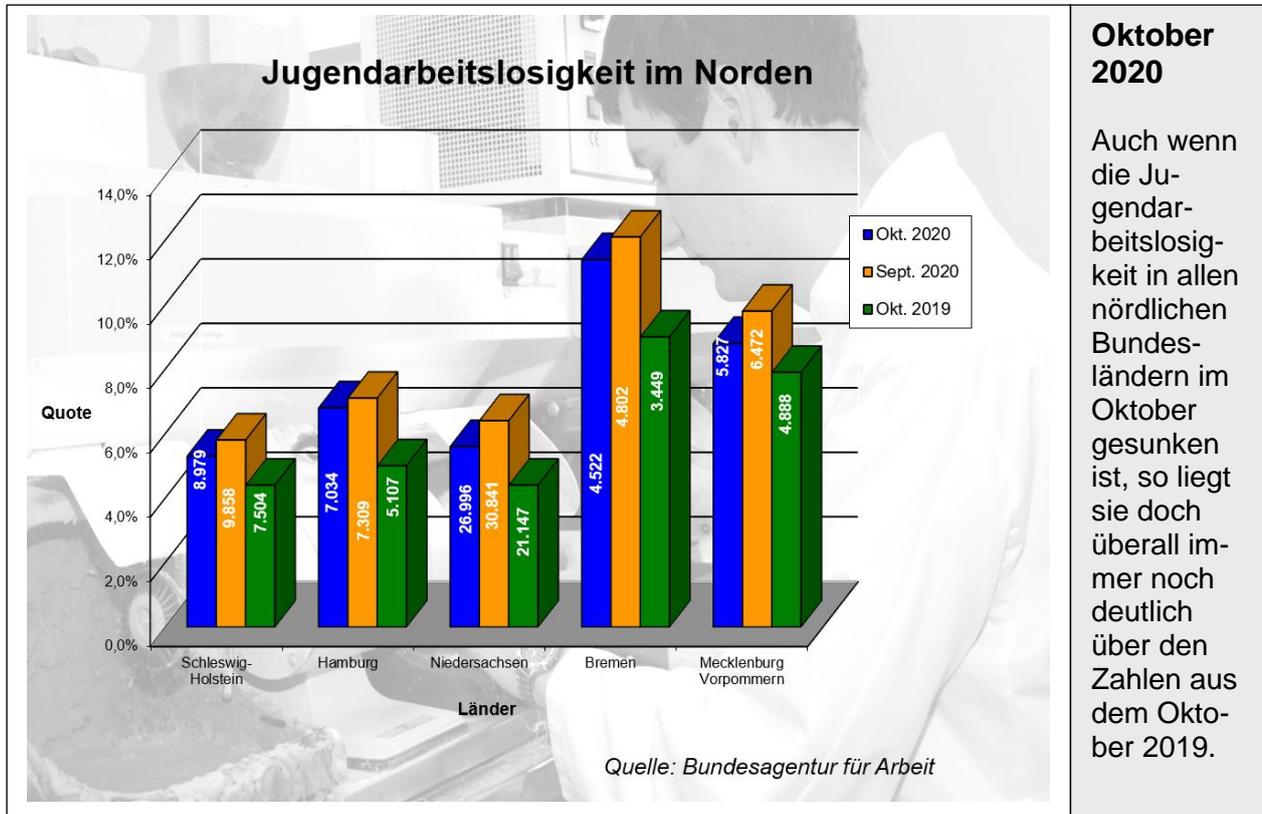
Der Entwurf für die Reform des Jugendschutzgesetzes wurde am 14. Oktober 2020 im Bundeskabinett beschlossen. Ziel des neuen Gesetzesentwurfs ist es, Kinder und Jugendliche vor Onlinorisiken wie Cybermobbing, sexueller Anmache oder Kostenfallen zu schützen. Der Schutz soll auch gegenüber viel genutzten ausländischen Anbietern gelten. Einheitliche Alterskennzeichen sollen zudem sowohl Jugendlichen als auch deren Eltern und Fachkräften die Orientierung erleichtern. Neben der Aufnahme und Gleichstellung von Träger- und Telemedien, also von analogen und digitalen Medien, sind auch die Förderung von Transparenz, klare Alterseinstufungen sowie die Anpassung der Indizierungspraxis vorgesehen. Ein besonderer Anpassungsbedarf wurde hinsichtlich der interaktiven Nutzungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen identifiziert. Geplant sind daher auch Vorsorgemaßnahmen zur Abschirmung von bestimmten Inhalten. Hierbei sollen auch Anbietende von Plattformen und Diensten online in die Verantwortung genommen werden.

Der Entwurf muss nun von Bundestag und Bundesrat (BR-Drs. 618/20) beschlossen werden.

Quelle: <https://www.jugendhilfeportal.de/jugendschutz/artikel/kabinett-beschliesst-reform-fuer-den-jugendmedienschutz/>

Neues aus dem Norden

Jugendarbeitslosigkeit



Aktionsplan Ausbildung für Niedersachsen startet

Die duale Berufsausbildung ebnet vielen jungen Menschen den Weg in eine sichere und gut bezahlte Arbeit und ist zugleich der Schlüssel gegen den Fachkräftemangel. Rund die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen beginnen nach ihrer schulischen Laufbahn eine berufliche Ausbildung. Dieses erfolgreiche System ist durch die Covid 19-Pandemie unter Druck geraten.

Mit einem „Aktionsplan Ausbildung“ für Niedersachsen will die Landesregierung bestehende Ausbildungsplätze schützen und neue Ausbildungsverträge fördern.

Für Ausbildungsbetriebe

Ausbildungsverträge verlängern: Niedersächsische Betriebe, die Ausbildungsverträge verlängern, weil die Abschlussprüfung pandemiebedingt verschoben wurde und nicht innerhalb der regulären Ausbildungsdauer abgelegt werden kann oder weil die Prüfungsteilnehmenden durch die Prüfung fallen, erhalten für ihr Engagement eine Prämie i. H. v. 500 Euro.

Ausbildungsverträge zusätzlich abschließen: Um niedersächsische Ausbildungsbetriebe zu unterstützen, die zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, ergänzt das Land die Maßnahmen des Bundes für KMU, die nicht im Sinne der Bundesförderung in erheblichem Umfang von der Covid-19-Krise betroffen sind, mit einer betrieblichen Einmalzahlung von 1.000 Euro, sofern die Probezeit erfolgreich beendet wurde.

Übernahme aus Insolvenzbetrieben: Die bestehende Förderrichtlinie wird um einen weiteren Fördertatbestand ergänzt: künftig können auch Betriebe von der Förderung profitieren, wenn die oder der aufgenommene Auszubildende aus einem Betrieb stammt, der pandemiebedingt den Vertrag

lösen musste. Dies berücksichtigt auch die Betriebe, die auf Grund der geänderten Regelungen im Insolvenzrecht von der Pflicht zur Insolvenzanmeldung aktuell ausgenommen sind.

Ausbildungskosten senken: Die überbetriebliche Ausbildung im Handwerk sowie der Landwirtschaft sowie der Bauwirtschaft und -industrie ist integraler Bestandteil der dortigen betrieblichen Ausbildung. Diese durch den Lockdown getroffenen Ausbildungsstrukturen sind zu stützen. Mit Mitteln des Bundes, des ESF und des Landes werden die Maßnahmen bereits gefördert. Eine kurzfristige Erhöhung des Landesanteils für 2021 – bezogen auf die bisherige „Drittelfinanzierung“ der anerkannten Lehrgangskosten entlastet die Ausbildungsbetriebe deutlich und honoriert ihre Ausbildungsleistung.

Für Auszubildende:

Mobilität und Flexibilität (Förderung Mobilitätsprämie Auszubildende) wird belohnt: Die Mobilität von niedersächsischen Jugendlichen, die ein Ausbildungsverhältnis außerhalb ihres Wohnortes (mindestens 45 km oder 1 Stunde mit ÖPNV entfernt) eingehen, wird mit einer Prämie honoriert (500 Euro). Dieselbe Leistung erhalten Jugendliche, die auf Grund dieser Entfernung umziehen. Damit kann regionalen Passungsproblemen in der Covid-19 – Pandemie entgegengetreten und gleichzeitig die Besetzung angebotener Ausbildungsplätze in niedersächsischen Ausbildungsbetrieben befördert werden. Die Probezeit muss vor Beantragung erfolgreich absolviert sein.

Ausführliche Information mit weiterführenden Links:

<https://www.nbank.de/Service/News/Aktionsplan-Ausbildung-f%C3%BCr-Niedersachsen.jsp>

Quelle: Neues aus der NBank vom 16.10.2020

Niedersachsen: Informationen zum Corona-Virus in Leichter Sprache

Auf dem Internetportal des Landes Niedersachsen sind Informationen zum Umgang mit COVID-19 auch in **Leichter Sprache** hinterlegt. Über den folgenden Link können diese Informationen eingesehen werden:

https://www.niedersachsen.de/Coronavirus/informationen_in_leichter_sprache/die-krankheit-corona-virus-185485.html

Neu im Netz

Eine gute Kindheit braucht kinderfreundliche Kommunen

UNICEF Deutschland hat gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft und dem Deutschen Städtetag die Studie „Kinderrechte in Kommunen: Stand und Perspektiven“ durchgeführt. Befragt wurden 123 große, mittelgroße und kleine Kommunen in Deutschland zu getroffenen Maßnahmen sowie Herausforderungen und Chancen bei der Verwirklichung von Kinderrechten auf der Kommunalebene. Im Gemeindegebiet der Befragten leben über 1,8 Millionen Kinder. Gefragt wurde unter anderem, ob in den Kommunen bereits ein Maßnahmenkatalog oder Aktionsplan zur Verwirklichung von Kinderrechten existiere. Auch die Interessenvertretung in der Kommunalpolitik sowie Partizipationsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen hinsichtlich politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse wurde zum Gegenstand der Umfrage gemacht.

„Kindheit findet dort statt, wo Kinder zu Hause sind. In ihren Familien als auch in ihrer Stadt oder in ihrem Dorf entscheidet sich, ob Kinder gesund und sicher groß werden, ihre Fähigkeiten gut entfalten und sich am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen können. Städten und Gemeinden kommt somit eine bedeutende Rolle zu, die Rechte, Bedürfnisse und Wünsche von Kindern und Jugendlichen auf lokaler Ebene zu berücksichtigen und umzusetzen. Diese Aufgabe ist wichtiger denn je. Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen auch in Deutschland schnell hintenangestellt sind und nicht ausreichend

berücksichtigt werden. Wenn es gelingt, Lebensräume zu schaffen, die gut für Kinder und Familien sind, legen sie damit auch einen wesentlichen Grundstein für die nachhaltige Entwicklung in der Kommune. Denn Kinder und Jugendliche sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden. Kommunen, die das Wohlergehen der jungen Generation zum Maßstab machen, sind kinderfreundlich - und sie handeln zukunftsorientiert (Deutsches Komitee für UNICEF e.V., Köln im September 2020).“

Zur Studie: <https://www.unicef.de/blob/225730/8a31dd002086c8db7d6676b1d56d313f/iw-consult-2020-kinderrechte-in-kommunen-stand-und-perspektiven-data.pdf>

Neues Erklärvideo: Was ist eigentlich Jungen*arbeit?

In einem kurzen Erklärvideo wird verdeutlicht, welche Aufgaben die Jungen*arbeit übernimmt und warum sie für unsere Gesellschaft wichtig ist.

Link zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=Zq-6GYzwl7c&feature=youtu.be>

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit e.V. tritt für eine Förderung von Jungenarbeit mit Blick auf vielfältige Lebenslagen von Jungen ein. Zielsetzungen sind Geschlechterdemokratie und Gleichstellung. Als Fachverband der Jungenarbeit bezieht sich die BAG auf Jungen und junge Männer, Fachkräfte und gesellschaftliche Institutionen. Sie strebt einen Dialog zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik an.

Zur Homepage: <http://www.bag-jungenarbeit.de/>

Podcast von Edition F: Melisa Erkurt und Aladin El-Mafaalani zu Bildungschancen

Bildung wird nach wie vor weitervererbt, Ungerechtigkeit im Bildungssystem schreibt sich fort. Wie kann sich das ändern? Die Bildungsexpert/innen Melisa Erkurt und Aladin El-Mafaalani im Gespräch.

Abrufbar unter: <https://editionf.com/melisa-erkurt-und-aladin-el-mafaalani-zu-bildungschancen/#>

Neue Rubrik: Migration und Integration in den Bundesländern

Wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben in den Bundesländern? Wie viele Schutzsuchende? Antworten auf diese und viele weitere Fragen gibt es in der neuen Rubrik des Mediendienst Integration. Dort sind die wichtigsten Zahlen und Fakten rund um die Themen Migration und Integration für alle Bundesländer zusammengetragen.

https://mediendienst-integration.de/index.php?id=22&tx_ttnews%5Btt_news%5D=1013&no_cache=1

Neu erschienen

JIM-Studie 2020: Erste Ergebnisse zum Medienumgang und Homeschooling in Corona-Zeiten

In Zeiten der Covid-19-Pandemie haben sich für die Jugendlichen unterschiedliche Lernsituationen ergeben. In der aktuellen Befragung (Sommer 2020) im Rahmen der Studienreihe Jugend, Information, Medien (JIM), kurz JIM-Studie, gaben 69 Prozent der befragten Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren an, nur zeitweise in der Schule zu lernen, 16 Prozent sind im Homeschooling ausschließlich zu Hause und 12 Prozent sind jeden Tag in der Schule.

Bei der Frage, wie der digitale Schulunterricht insgesamt klappt, vergeben die Meisten eine Bewertung im Mittelfeld: jeweils ca. ein Drittel der Befragten gibt die Schulnoten 2 oder 3. Allerdings kommt ein Fünftel weniger gut mit der Situation zurecht. Im Hinblick auf die Gesamtsituation machen sich fast zwei Drittel der Jugendlichen Sorgen um die Gesundheit ihrer Familie und Freunde. Nur etwa halb so viele sorgen sich um die eigene Gesundheit. Jede/r Dritte macht sich Sorgen um ihre/seine persönliche Zukunft.

Quelle und weitere Informationen: <https://bit.ly/3mpxwhG>

33 Fragen - 33 Antworten: Rechtsextremismus

Rechtsextreme Positionen werden immer offener vertreten, spalten die Gesellschaft und erschüttern unsere Demokratie. Woher kommt der Hass? Gegen wen richtet er sich? Welche Strategien verfolgen rechtsextreme Parteien und Individuen? Wer unterstützt sie – und mit welchen Mitteln? Was ist die Neue Rechte? Kann man mit Rechtsextremen diskutieren? Sollte man es? Was kann die Politik, was kann jeder Einzelne tun, um die Demokratie zu stärken und gegen Rechtsextremismus vorzugehen?

Der bekannte Rechtsextremismus-Forscher Matthias Quent (Soziologe und Direktor des Jenaer Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft) bietet in diesem Buch Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Informationen: <https://www.piper.de/buecher/rechtsextremismus-isbn-978-3-492-30775-8>

Jugend braucht mehr politische Bildung und Mitsprache – auch in Pandemie-Zeiten

Die junge Generation hat es in der Corona-Zeit besonders schwer. Vieles von dem, was Jungsein und Erwachsenwerden ausmacht, ist im Moment verboten oder nur eingeschränkt möglich: ob Lernen, Austausch mit Gleichaltrigen, die Welt erkunden oder auch mal eine Party feiern. Darauf hat Bundesjugendministerin Dr. Franziska Giffey bei der Vorstellung des 16. Kinder- und Jugendberichts am 11.11.2020 (Schwerpunkt „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“) hingewiesen.

„Corona prägt schon jetzt die Lebensläufe vieler junger Menschen und nimmt der Jugend ein Stück Zuversicht und Leichtigkeit. Obwohl sie auf vieles verzichten müssen, halten sich die meisten an die Einschränkungen, sind vernünftig und rücksichtsvoll“, betonte Ministerin Giffey. „Das sollten wir anerkennen und würdigen. Und wir müssen die Jugend stärker an Entscheidungen beteiligen. Mehr Mitsprache empfiehlt auch der aktuelle Kinder- und Jugendbericht. Die politische Bildung der Jugend ist gerade auch in bewegten Zeiten ein Stützpfeiler unserer Demokratie. Jede Generation muss Demokratie neu erlernen. Die politische Bildung ist ein gewichtiger Faktor, um Menschen gegen Hassparolen und Verschwörungsideologien zu immunisieren.“

Eine der zentralen Empfehlungen der Sachverständigen ist, dass alle jungen Menschen mehr zeitgemäße und altersgerechte politische Bildung erhalten. Die Kommission hatte den Auftrag herauszuarbeiten, wo und wie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene politische Bildung erfahren. Zudem sollte sie Entwicklungsbedarfe aufzeigen und Empfehlungen für Praxis, Wissenschaft und Politik formulieren.

Der Bericht liefert erstmals eine umfassende und systematische Betrachtung der politischen Bildung junger Menschen und bietet eine solide Grundlage, um die Angebote weiterzuentwickeln. Gleichzeitig befasst sich der Bericht mit aktuellen Herausforderungen für die Demokratie - zum Beispiel mit Globalisierung, Digitalisierung, demografischem Wandel und einem erstarkenden Nationalismus. Die Kommission fordert ein klares Bekenntnis der Politik: Eine an Demokratie und Menschenrechten orientierte politische Bildung sei unverzichtbar.

Die Perspektiven junger Menschen sind in den Bericht direkt eingeflossen: Die Kommission führte Jugendworkshops durch und interviewte Grundschulklassen sowie Kitagruppen. Zudem wurden bundesweite Jugendbeteiligungsprozesse daraufhin analysiert, was junge Menschen zur politischen Bildung sagen.

Mit den Kinder- und Jugendberichten entspricht die Bundesregierung ihrer Verpflichtung gemäß § 84 SGB VIII, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die „Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe“ vorzulegen und dazu Stellung zu nehmen. Mit der Ausarbeitung des Berichtes beauftragt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Namen der Bundesregierung jeweils eine unabhängige Kommission.

Ausführliche Informationen zum 16. Kinder- und Jugendbericht finden Sie unter:

www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht

Hier weitere Links: Zum gesamten Bericht: www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht/gesamt

Neu ausgeschrieben

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen fördert Kleinprojekte

Für eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft, für eine lebendige und wehrhafte Demokratie braucht es die Selbstorganisation, Beteiligung und das Engagement der Zivilgesellschaft für die im Grundgesetz verankerten Werte. Vor diesem Hintergrund hat das Landes-Demokratiezentrum mit Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 2020 in 3 Antragsfristen insgesamt 6 Kleinprojekte, die zivilgesellschaftliches Engagement für eine offene, vielfältige und menschenrechtsorientierte Gesellschaft stärken, gefördert.

Neben der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen (z.B. das Projekt „Corona – Unfall oder Absicht? Schöner leben ohne Verschwörungstheorien“ der Kurve Wustrow e.V.) wurden auch Projekte zur Förderung vom Engagement junger Personen in ländlichen Gegenden (z.B. „Mach' es digital Digga. Socialmedia-Empowerment für Teilhabe im ländlichen Raum“ – Verein zur Unterstützung der Offenen Jugendarbeit in der Samtgemeinde Amelinghausen e.V.) mit bis zu 2.500 € unterstützt.

Auch 2021 wird es voraussichtlich wieder die Möglichkeit geben, Anträge für die **Förderung von Kleinprojekten, die sich für demokratisches Engagement** einsetzen, zu stellen. Die Kleinprojekte dürfen nicht länger als 6 Wochen dauern, und die Gesamtkosten von 5.000 € nicht übersteigen. Idealerweise findet das Projekt im ländlichen Raum oder digital statt.

Weitere Informationen zur Antragsstellung werden in Kürze auf der Website des L-DZ veröffentlicht.

Kontakt für Rückfragen: Kleinprojekte@ldz-niedersachsen.de, Tel.: 0511 120 8716

Zweite Förderrichtlinie „Ausbildungsplätze sichern“ ist veröffentlicht

Die zweite Förderrichtlinie des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ ist veröffentlicht. Ab sofort können Klein- und mittelständische Unternehmen sowie überbetriebliche Ausbildungsstätten und Ausbildungsdienstleister bei der Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS) Anträge stellen, um Ausbildungen von Azubis (ggf. temporär oder im Verbund) fortzuführen, deren ursprüngliche Ausbildungsbetriebe auf Grund der Corona-Pandemie die Ausbildung nicht weiterführen können.

Gefördert werden vorrangig Ersatz-Betriebe, die die betriebliche Ausbildung anstelle des eigentlichen Ausbildungsbetriebes im Rahmen einer Verbund- oder Auftragsausbildung fortsetzen oder aufnehmen. Alternativ können auch überbetriebliche Bildungsstätten (ÜBS) und andere Träger Berufsbildungsstätten (Ausbildungsdienstleister) gefördert werden.

Die Förderung beträgt einmalig pro Auszubildenden 4.000 € - unabhängig von der Förderdauer. Die Mindestförderdauer beträgt 6 Monate.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS) setzt die Förderung im Namen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) um.

Knappschaft-Bahn-See: https://www.kbs.de/DE/Bundesprogramm_Ausbildung/node.html

Zweite Förderrichtlinie: <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-3217.html>

Weitere Informationen der Arbeitsagentur:

<https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/bundesprogramm-ausbildungsplaetze-sichern>

Veranstaltungstipp

Vielfältige Mädchen*welten und Aufwachsen in prekären Lebenslagen: Online-Tagung am 03.12.2020

Wohnungslosigkeit, Flucht, Arbeitslosigkeit, Prostitution, Menschenhandel oder Armut: Vielfalt und Formen prekärer Lebenslagen stellen die Soziale Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen vor Herausforderungen.

Die Online-Tagung „Vielfältige Mädchen*welten und Aufwachsen in prekären Lebenslagen“ bietet Raum für rassismuskritische, transintergeschlechtliche und intersektionale Perspektiven geschlechtersensibler Pädagogik auf das Thema. Die Tagung ist die Auftaktveranstaltung für das Zertifikatsstudium „Mädchen*(sozial)arbeit - geschlechterreflexive Arbeit mit Mädchen* und jungen Frauen* in prekären Lebenslagen“, das durch das Institut für Fort- und Weiterbildung der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*politik Baden-Württemberg e.V., die Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V. und die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. entwickelt wurde.

Weiterführende Informationen unter: <https://bit.ly/3juF2WI>

Veranstaltungen

| Veranstalt. Art | Thema/ Titel | Datum | Ort | Veranstalter |
|-------------------|--|--------------------------|--------------------------------------|---|
| Online-Fachtagung | Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit | 16.11.2020 | online | Kolpingwerk Deutschland, das Institut für Medienforschung und Medienpädagogik (IMM) der Technischen Hochschule Köln und IN VIA Paderborn http://www.jugendsozialarbeit.info/JSA/lagkjsnrw/web.nsf/id/li_digitaljugend0820.html |
| Online-Seminar | Alle „ins Boot“ holen – Teilnahmebereitschaft und Motivation wecken! für Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren | 23.-24.11.2020 | online | LAG JAW, Florian Steenken Tel. 0511 12173-39 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de |
| Aufbaukurs | Motivierende Gesprächsführung - Förderung von Verhaltensänderung | 23.-24.11.2020 | Springe, KVHS | Landesjugendamt Carina Barendscheer Tel. 0511 89701-341 https://www.fobionline.jh.niedersachsen.de/detail.php?urlID=2590 |
| Online-Seminar | Argumentationstraining gegen Stammtischparolen für Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren | 25.11.2020 26.11.2020 | online | LAG JAW, Florian Steenken Tel. 0511 12173-39 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de |
| Seminar | Toxische Männlichkeit auf einmal überall? - Kritische, vielfältige Auseinandersetzung mit Männlichkeit(en) in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen | 23.-26.11.2020 | Reinhausen, Akademie Waldschlösschen | Akademie Waldschlösschen Kevin Rosenberger https://www.waldschloesschen.org/de/veranstaltungsdetails.html?v_a_nr=720 |
| Seminar, 2-tägig | Was ich nicht will, das man mir tut... Soziale Kompetenzen unter Stress | 12.+26.11.2020 | Hannover, Seminarzentrum | Landesstelle Jugendschutz https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/ |
| Seminar | Fit für Konflikte? - Konstruktives Konfliktmanagement Seminar für Mitarbeitende und Führungskräfte aller Ebenen | 30.11.- 01.12.2020 | Hannover, Stephansstift | Stephansstift, Jürgen Klaassen https://www.dachstiftung-diakonie.de |
| Zoom-Konferenz | „FIT FOR FUTURE II – Digitalethik in der Kinder- und Jugendhilfe“ | 03.12.2020 | online | Deutscher Caritasverband e.V. Referat Lebensläufe und Grundsatzzfragen sabine.faehndrich@caritas.de http://www.caritas.de |
| Tagung | „Kultur- und religionssensible Wohlfahrtspflege: Herausforderungen und zivilgesellschaftliche Perspektiven in der Einwanderungsgesellschaft“ | 02.-04.12.2020 | Loccum, Ev. Akademie und online | Evangelische Akademie Loccum https://www.loccum.de/tagungen/2056/ |

| Veranstalt. Art | Thema/ Titel | Datum | Ort | Veranstalter |
|-----------------|--|----------------|---|---|
| Fortbildung | (Praxis-)Anleitung leicht gemacht! eine Fortbildung für Praxisanleiter_innen | 02.-04.12.2020 | Osterholz-Scharmbeck, Bildungsstätte Bredbeck | Landesjugendamt Jutta Gröne-Carl Tel. 0511 89701-327 https://www.fobionline.jh.niedersachsen.de/detail.php?urlID=2563 |
| Online-Fachtag | „Institutionellen Rassismus erkennen – Rassismuskritik institutionalisieren, aber wie?“ | 08.12.20 | online | IDA-NRW Tel. 0211 159255-77 meltem.bueyuekmavi@ida-nrw.de https://www.ida-nrw.de |
| Fortbildung | Systemsprenger, schwierigste Jugendliche, hoffnungslose Fälle? - Kompetenzen für den Umgang mit besonders herausfordernden Klienten | 09.-10.12.2020 | Hildesheim, Tagungshaus Prieserseminar | Landesjugendamt Simone Pleyer, Tel. 0511 89701-347 https://www.fobionline.jh.niedersachsen.de/detail.php?urlID=2585 |

Impressum

„jugendsozialarbeit nord“ wird herausgegeben von der Landesstelle Jugendsozialarbeit

Redaktion: Ina Samusch (is)

Redaktionelle Mitarbeit: Florian Steenken (ste), Christian Remark (re), Sarah Kemper (ke)

V.i.S.d.P. Heike Krause

Kopernikusstr. 3, 30167 Hannover

tel: 0511/12173-0 fax: 0511/12173-37 mail: infodienst@jugendsozialarbeit.de

Erscheinungsweise: monatlich, Bezugspreis: 30 Euro für 12 Monate

